

## **Orientierungsleistungen von Medien in einer pluralistischen Welt: Mediale Repräsentation von Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz**

### **How media allow for the orientation of citizens in a pluralized political landscape: Media representation of parties in Germany, Austria, and Switzerland**

Olaf Jandura\*, Heinrich Heine University Düsseldorf, Department of Social Sciences, Kommunikations- und Medienwissenschaft II, Germany

Ricard Parrilla Guix, University of Salzburg, Department of Communication Studies, Austria

Merja Mahrt, Heinrich Heine University Düsseldorf, Department of Social Sciences, Kommunikations- und Medienwissenschaft II, Germany

\*Corresponding author: olaf.jandura@hhu.de

#### **Abstract**

In vielen westlichen Ländern hat sich die Parteienlandschaft in den letzten Jahren pluralisiert und polarisiert. Die daraus resultierende zunehmende Vielfalt politischer Positionen stellt Medien, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, den Bürger:innen Orientierung zu geben, vor die Herausforderung, diese vielfältiger werdenden Positionen adäquat wiederzugeben. Der Beitrag untersucht am Beispiel von Deutschland, Österreich und der Schweiz, wie sich einerseits Parteien in den Parlamenten selbst darstellen und wie ihre Positionen in den nationalen Medien wiedergegeben werden. Die Positionen der Parteien werden über Value-Frames erfasst, die drei zentrale Grundkonflikte (Cleavages) westlicher Gesellschaften widerspiegeln. Es zeigt sich, dass die Parteien unterschiedliche Kombinationen von Positionen zu diesen Grundkonflikten vertreten. Insbesondere der globalisierungsbezogene Grundkonflikt ist deutlich polarisiert, zwischen rechts-populistischen Parteien auf der einen Seite, konservativen Parteien im gemäßigten Bereich und den linken bzw. linksliberalen Parteien am anderen Pol des Konflikts. Medien geben die Positionierungen der Parteien überwiegend ähnlich zu deren Selbstdarstellungen im Parlament wieder. Die rechtspopulistischen Parteien werden in den Medien jedoch polarisierter dargestellt, als die Parteien sich selbst positionieren. Somit erfüllen die Medien ihre Orientierungsfunktion nicht im gesamten Parteienspektrum gleich.

Many Western countries have seen a pluralization and polarization of the political landscape in recent years. The resulting increase in diversity of political positions poses challenges to media that aim at providing citizens with orientation. Using Germany, Austria, and Switzerland as examples, the article analyzes how parties present themselves in the respective national parliament and how domestic media relay these utterances. The parties' positions are examined via value frames that reflect three central cleavages of Western societies. The results show that parties express different combinations of positions on these cleavages. Especially the cleavage related to globalization is clearly polarized, with right-wing populist parties at one end, conservative parties in a moderate place, and left-liberal parties at the other pole of the cleavage. Media reflect the parties' positions mostly similarly to their own utterances in parliament. However, the right-wing populist parties are depicted in an even more polarized way compared to how they position themselves. The media thus fulfill their orientation function to different degrees across the party spectrum.

#### **Keywords**

Repräsentation, Öffentlichkeit, Medienberichterstattung, Cleavages, Value-Frames, Pluralisierung, Polarisierung, Inhaltsanalyse  
representation, public sphere, media coverage, cleavages, value frames, pluralization, polarization, content analysis



## 1 Einleitung

In Demokratien bündeln Parteien Interessen und bringen sie in den politischen Prozess ein. Sie machen damit Angebote an Wähler:innen, ihnen für die nächste Legislaturperiode ihr Vertrauen auszusprechen (Strömbäck, 2005). Dabei haben sich in vielen Ländern über längere Zeit stabile Parteiensysteme etabliert, die nun dabei sind, sich aus unterschiedlichen Gründen zu verändern. In den letzten Jahren lässt sich in vielen europäischen Ländern ein ausgeprägter Wandel des Parteiensystems beobachten (Kriesi et al., 2006; von Alemann, Erbentraut, & Walther, 2018). Etablierte Volksparteien verloren in vielen Ländern an Mitgliedern und Stimmen, während einige neu gegründete Parteien schnell in Parlamente einzogen. In anderen Ländern verschoben sich die Stimmengewichte auch zwischen älteren Parteien so, dass sich neue Mehrheitsmöglichkeiten ergaben. Der Wandel der Parteiensysteme ist somit von Pluralisierung geprägt, und es sind eher Parteien an den Rändern des jeweiligen politischen Spektrums, die Erfolge auf Kosten der Parteien der Mitte verzeichnen.

Angesichts dieser Unsicherheiten steigt für die Individuen in ihrer Rolle als Bürger:innen der Bedarf, sich zu informieren, um sich eine Meinung über angebotene Lösungen bilden und aufgeklärt am politischen Prozess partizipieren zu können (Sarcinelli, 2011). Durch den Zuwachs an Parteien und die Auflösung lang etablierter Mehrheitsstrukturen erhöht sich dieser Orientierungsbedarf. Entsprechend ergibt sich sowohl für die Parteien und ihre Akteur:innen selbst, als auch für den Journalismus die Notwendigkeit, politische Positionen in einer unübersichtlicheren und mehr und mehr polarisierten politischen Landschaft zu kommunizieren. Für journalistische Medien erwächst daraus eine Herausforderung für ihre Orientierungsleistung, wollen sie geäußerte Parteipositionen transparent vermitteln und Einordnung für die Bürger:innen leisten (Sarcinelli, 2011). Entsprechend ist das Anliegen des vorliegenden Beitrags, Kommunikationsleistungen der Parteien und

der Medien zu bestimmen. Dazu sollen Positionen von Parteien, die in Deutschland, Österreich und der Schweiz im Parlament oder der Regierung vertreten sind, erfasst und mit den von Medien wiedergegebenen Positionen verglichen werden. Die Analyse nutzt dabei im Vergleich zu früheren Arbeiten das Cleavage-Konzept (Lipset & Rokkan, 1967), das es erlaubt, themen-, partei- und länderübergreifend politische Positionen zu erfassen. Der Beitrag knüpft somit an die theoretische Diskussion über die zentralen Cleavages in westeuropäischen Gesellschaften an. Er bietet eine Analyse, inwiefern Medien den Bürger:innen ein getreues Bild der Parteien und ihrer Positionen über gesellschaftliche Fragen anbieten. Darüber hinaus wird es möglich zu eruieren, inwiefern die vorhandene Pluralität dazu beiträgt, dass Bürger:innen politische Entscheidungen mit ausreichender Information über die in der Gesellschaft verfügbaren politischen Alternativen treffen können. Die Studie analysiert zudem, wie breit der Korridor unterschiedlicher politischer Positionen in Parteiäusserungen und in den Medien ist, und damit inwiefern Medien der in demokratischen Gesellschaften vorhandenen Meinungsvielfalt gerecht werden (Rawls, 1996). Dies ist zentral für die Funktionsweise und die Legitimation des demokratischen Systems.

In partizipativen Öffentlichkeitstheoretischen Ansätzen werden die Positionen zivilgesellschaftlicher Akteur:innen besonders akzentuiert. Wir beschränken uns in diesem Beitrag aus zwei Gründen auf die politischen Parteien: Erstens sind Parteien zentrale Intermediäre, da sie politische Positionen aus der Gesellschaft aufnehmen, aushandeln, bündeln, aggregieren und formieren, und zweitens lässt sich forschungspraktisch bei den Parteien als einzige Akteur:innen an ihrer Stärke ablesen, welchen gesellschaftlichen Rückhalt diese so ausgehandelten Positionen haben. Das ländervergleichende Design ermöglicht es, für Deutschland, Österreich und die Schweiz zu erfassen, inwiefern in der parlamentarischen Arena und in der Medienöffentlichkeit die zentralen Cleavages moderner Gesellschaften sichtbar werden. So kann die Erklärungskraft des Cle-

avage-Ansatzes in einem sich wandelnden politischen und sozialen Kontext bestimmt werden. Im Folgenden stellen wir die Entwicklung der Parteiensysteme der drei Länder vor. Wir erklären anschliessend das Cleavage- und das Value-Frames-Konzept, welche die Forschung theoretisch stützen. Wir fahren mit der Darstellung der Auswahl- sowie der Erhebungsmethode fort, stellen die Ergebnisse dar und schliessen den Beitrag mit einem Fazit.

## 2 Die Entwicklung der Parteiensysteme

Die Parteiensysteme in Deutschland, Österreich und der Schweiz sind seit Ende der 1990er Jahre einem zweifachen Wandel ausgesetzt, der sich u. a. in dem Bedeutungsverlust der Volksparteien und der damit einhergehenden Pluralisierung der Parlamente manifestiert. Diese Entwicklung wird in der politikwissenschaftlichen Literatur unter dem Begriff der politischen Polarisierung diskutiert.

Politische Polarisierung im Parteiensystem zeigt sich in der Entstehung von Parteikoalitionen, die ideologisch einheitlich und trennscharf voneinander differenziert und ähnlich stark sind (Maoz & Somer-Topcu, 2010). Sie hängt von drei Faktoren ab: der Grösse der Parteikoalitionen, dem Zusammenhalt innerhalb der Koalitionen und den ideologischen Unterschieden zwischen den Koalitionen. Polarisierung führt zur Entstehung politischer Lager und erschwert somit die Bildung von lagerübergreifenden Koalitionsoptionen und die Findung von Kompromissen (Maoz & Somer-Topcu, 2010). Die Polarisierung von Parteiensystemen mit mindestens fünf relevanten Parteien kann (Sartori, 1976) folgend anhand von acht verschiedenen Polarisierung-indizierenden Kriterien beschrieben werden. Fünf dieser Kriterien werden von mindestens einem der drei untersuchten Systeme erfüllt: 1) das Vorhandensein von systemfeindlichen oder -kritischen Parteien, deren Erfolg dazu beiträgt, das politische Regime zu delegitimieren; 2) das Vorhandensein von Oppositionsparteien sowohl

rechts als auch links der Regierungsparteien; 3) die Entstehung polarisierter ideologischer Lager innerhalb des Parteiensystems; 4) der Stimmenverlust der Parteien im Zentrum des politischen Systems und 5) der Verlust an Relevanz von sachlichen Themen sowie die Steigerung an Relevanz fundamentaler politischer Werte in der politischen Diskussion. Für weitere drei Kriterien (6) das Vorhandensein einer Partei im Zentrum, die Regierungen mit Rechts- und Linksparteien bildet und somit u. a. Konsens zwischen einer Mitte-Links- und einer Mitte-Rechtspartei verhindert; 7) das Vorhandensein von unverantwortlichen Oppositionsparteien, die nicht darauf orientiert sind, zu regieren; 8) den Überbietungswettbewerb) konnte keine empirische Entsprechung gefunden werden. Im Folgenden wird die Entwicklung in den drei untersuchten Ländern kurz nachgezeichnet.

In *Deutschland* erfolgt vor allem ab 1990 ein Stimmenverlust der zwei grossen Volksparteien. Ihr kumulierter Stimmenanteil bei der Bundestagswahl sinkt 1990 zum ersten Mal seit 1953 unter 80%; ihr Bedeutungsverlust verstärkt sich in den 2000er Jahren (von Alemann et al., 2018). 2021 liegt der gemeinsame Stimmenanteil von CDU / CSU und SPD bei 49,8% (Bundeswahlleiter, 2021). Darüber hinaus steigt vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise ab 2008, der daraus entstehenden Euro-Krise (2008–2015) sowie der Flüchtlingskrise ab 2015 die Bedeutung von Oppositionsparteien links und rechts der Regierungsparteien (von Alemann et al., 2018), die sich jeweils als systemkritisch (Die Linke) und systemfeindlich (AfD) kategorisieren lassen. Vor allem die Entwicklung der rechtspopulistischen AfD (Arzheimer & Berning, 2019) trägt dazu bei, das politische System zu delegitimieren und ist Indikator einer gesellschaftlichen Spaltung.

In *Österreich* lösen sich die beiden Lager auf, welche die Zweite Republik seit ihrer Gründung geprägt haben (Bröchler, 2014): Die beiden Volksparteien SPÖ und ÖVP verlieren an Mitgliedern, Anziehungskraft und an Stimmenanteil in Nationalratswahlen (Österreichisches Parlament,

2021; Pelinka, 2017; Wineroither & Kitschelt, 2017). Parallel dazu zeichnet sich eine Stärkung der kleinen Parteien rechts (FPÖ sowie über kurze Perioden BZÖ und Team Stronach) und links (Die Grünen) der Regierung ab (Österreichisches Parlament, 2021). Aus einem «zweieinhalb-Parteien-System» mit einer sozialdemokratischen, einer konservativen und einer rechten oder rechtspopulistischen Partei wird ab 2008 ein Fünf-Parteien-System, in dem grüne und linke Parteien sowie seit 2013 eine liberale Partei (NEOS) vertreten sind (Bröchler, 2014; Johann, Jenny, & Kritzing, 2016). Insbesondere die ÖVP reagiert auf die Veränderungen im Parteiensystem und positioniert sich unter Sebastian Kurz weiter rechts im politischen Spektrum (Heinisch, Werner, & Habersack, 2020). 2017 bildet sie mit der FPÖ eine rechtsorientierte Regierung (Puller, 2018), seit 2020 koalitiert sie dagegen mit den Grünen.

Das Parteiensystem in der *Schweiz* ist mit vier grossen Parteien – SVP, SP, FDP und CVP – bereits pluraler als in den anderen beiden Ländern. Auch hier zeigt sich im Nationalrat ein ähnlicher Verlust an Sitzen. 1991 sinkt ihr kumulierter Stimmenanteil zum ersten Mal unter 70% (Ladner, 2006). Niedriges Wirtschaftswachstum und steigende staatliche Ausgaben in den 1990er Jahren führen zu einer Polarisierung zwischen Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden sowie einer mangelnden Bereitschaft, Kompromisse bezüglich der Rentenreform und der Reform der Arbeitslosenunterstützung zu erreichen (Häusermann, Mach, & Papadopoulos, 2004). Parallel zeigt sich eine zunehmende Polarisierung der Parteienlandschaft (Kriesi et al., 2006). Die SVP wird im Laufe der Zeit zur stärksten Partei und steigert ihren Stimmenanteil von 12% (1991) auf 27% (2011) (Afonso & Papadopoulos, 2015). Dieser Erfolg führt zur «erosion of the political centre» (S. 623), denn als Reaktion werden insbesondere die CVP und die FDP ebenfalls konservativer.

Zusammenfassend zeichnen sich in den drei untersuchten Ländern ein Bedeutungsverlust der Volksparteien als «catch-all parties» und parallel dazu eine Stärkung

kleinerer Parteien ab. Diese positionieren sich inhaltlich alternativ zu den grossen Volksparteien, während letztere ihre Positionierungen anpassen (Kriesi et al., 2006). Diese Veränderungen erfolgen vor dem Hintergrund wichtiger gesellschaftlicher Umwandlungen. Seit den 1990er Jahren verstärkt sich die Globalisierung, was zu einer neuen zentralen Spaltungslinie in der Gesellschaft führt (Kriesi et al., 2006). Durch die Weltwirtschaftskrise und die daraus entstehende Euro-Krise werden zudem Fragen der Ressourcengenerierung und -verteilung relevant (Copelovitch, Frieden, & Walter, 2016). Durch die während der Flüchtlingskrise 2015 an Bedeutung zunehmende Migrationsfrage und die steigende Wichtigkeit rechtspopulistischer Parteien werden darüber hinaus libertäre und autoritäre Werte sichtbar. Somit bilden 1) die sozioökonomische, 2) die politisch-kulturelle und 3) die globalisierungsbezogene Konfliktlinie heute die drei zentralen Sollbruchstellen in den Parteiensystemen der drei vorgestellten Länder, aber auch anderer westeuropäischer Gesellschaften.

### 3 Analyse politischer Vielfalt mittels Cleavages und Value-Frames

Die oben dargestellte Pluralisierung politischer Parteien und ihrer Positionen lässt sich auf vielfältige Weise beschreiben, vergleichen und gruppieren. Eine in der Politikwissenschaft verbreitete Verfahrensweise zur Standardisierung solcher Vergleiche bezieht sich auf wenige Grundkonflikte, oder eben Cleavages, die zentrale Trennlinien der Politik innerhalb eines Landes oder grösserer Weltregionen darstellen (Lipset & Rokkan, 1967). Als Cleavages gelten in der politischen Soziologie

tief greifende, über eine längere Zeit stabile, konflikthafte und im Rahmen des intermediären Systems organisatorisch verfestigte Spaltungslinie zwischen Bevölkerungen, die über ihre sozialstrukturelle Positionierung und die hieraus abgeleiteten materiellen Interessen und Wertvorstellungen bzw. primär über ihre

unterschiedlichen Wertvorstellungen definiert sind. (Niedermayer, 2009, S. 35)

Diese sedimentierten Spaltungslinien bestehen aus einem Spektrum an konfliktbehafteten Themen, nach denen sich sowohl politische Akteur:innen als auch Wähler:innen auf Basis ihrer Bewertungen von Zielen oder Zuständen gruppieren lassen (Koopmans & Zürn, 2019). So bilden Individuen, die politische Grundhaltungen teilen, Bevölkerungsgruppen, die sich wiederum von anderen Bevölkerungsgruppen absetzen. Diese Gruppen werden durch Parteien, durch Medien über redaktionelle Linien sowie durch Expert:innen und Vertreter:innen politischer Positionen repräsentiert. Somit organisieren Cleavages Politik auf verschiedenen Ebenen.

Die vier klassischen Spaltungslinien der westeuropäischen Gesellschaften (Kapital vs. Arbeit, Zentrum vs. Peripherie, Kirche vs. Staat und Stadt vs. Land) änderten sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges (Koopmans & Zürn, 2019; Lipset & Rokkan, 1967). Gründe hierfür sind u. a. die Verbesserung von Lebensbedingungen, die Steigerung des Bildungsniveaus und die Säkularisierung (Kriesi et al., 2006) sowie der Wandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten (Niedermayer, 2009). Aktuell lassen sich in westeuropäischen Ländern die Deutungen politischer Akteur:innen entlang dreier Grundkonflikte strukturieren (de Wilde, Koopmans, Merkel, Strijbis, & Zürn, 2019; Niedermayer, 2009). Der *sozioökonomische Grundkonflikt* differenziert zwischen einer marktliberalen und einer sozialstaatlichen Orientierung. Der *politisch-kulturelle Grundkonflikt* unterscheidet zwischen libertären und autoritären Positionen. Der durch die *Globalisierung* entstandene Grundkonflikt differenziert zwischen im Sinne einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit integrativen und abgrenzenden Positionen. Die Ergebnisse von Kriesi et al. (2006) zeigen anhand von vier Wahlkampagnen von den 1970er Jahren bis 2002, dass diese drei Grundkonflikte die Konfliktstruktur in Deutschland, Österreich und der Schweiz prägen.

Die sozioökonomische Spaltungslinie zwischen Marktwirtschaftlichkeit, d. h. der Verteidigung freier Märkte und minimaler staatlicher Intervention, und Sozialstaatlichkeit, im Sinne der Befürwortung staatlicher Intervention, um Ressourcen umzuverteilen, wird von vielen Autor:innen als ein zentrales Cleavage westeuropäischer Gesellschaften beschrieben (Koopmans & Zürn, 2019; Kriesi et al., 2006; Niedermayer, 2009). Dieses wird in Deutschland, Österreich und der Schweiz lange Zeit durch die Dominanz einer konservativen, marktwirtschaftlichen Partei (bzw. eines Parteienlagers in der Schweiz) auf der einen und einer sozialdemokratischen auf der anderen Seite repräsentiert.

Der politisch-kulturelle Grundkonflikt entsteht zwischen Libertarismus und Autoritarismus (Kriesi et al., 2006; Niedermayer, 2009). Hierbei stehen sich unterschiedliche Vorstellungen über die Organisation der Gesellschaft gegenüber. Auf der einen Seite werden Freiheit, Eigenverantwortung und Partizipation befürwortet, während die Gegenseite einen starken Staat für die Durchsetzung von Recht und Ordnung als notwendig erachtet. Bis Ende der 1980er Jahre liessen sich europäische Parteien für die beiden ersten Grundkonflikte entlang einer Achse mit zwei Polen beschreiben: einer sozialstaatlichen, linksorientierten libertären Position auf der einen und einer marktwirtschaftlichen, rechtsorientierten autoritären Position auf der anderen Seite (Niedermayer, 2009). Inzwischen hat die Pluralisierung der Parteienlandschaft allerdings dazu geführt, dass der sozioökonomische und der politisch-kulturelle Grundkonflikt voneinander getrennte Konfliktdimensionen mit unterschiedlichen Kombinationen bilden. So vereint z. B. in Österreich die FPÖ sozialstaatliche und autoritäre Positionen (Zaslave, 2004).

Der dritte Grundkonflikt thematisiert die Differenzen zwischen einer internationalen Orientierung, die sich für «offene Grenzen, universelle Normen und supranationale Autorität» ausspricht und einer national orientierten Haltung, die «Grenzschießungen, kulturelle[n] Partikularismus und nationale Souveränität»

befürwortet (Koopmans & Zürn, 2019, S. 1, 3). Insbesondere die rechtspopulistischen Parteien und die stärker konservative Ausrichtung vormaliger Mitte-Parteien haben hier zu einer zunehmenden Polarisierung beigetragen.

Letztlich liegen den Grundkonflikten Werte zugrunde, die ausdrücken, welchen Gütern oder Zuständen wieviel relative Bedeutung zugemessen wird. Politische Auseinandersetzungen um Grundkonflikte entwickeln sich entsprechend entlang von Wertvorstellungen (Weiß, Kösters, & Mahrt, 2020). Libertäre Positionen reflektieren dabei etwa Werte wie Selbstbestimmtheit und Freiheit, eine Präferenz für Sozialstaatlichkeit misst Solidarität und Gleichheit hohen Stellenwert bei. Somit lassen sich öffentliche Diskurse um gesellschaftlich relevante Probleme als Konflikte um im Wettbewerb zueinanderstehende Werte verstehen (Scheufele & Engelmann, 2013). Auf verschiedene Politikfelder angewandt entspricht eine libertäre Wertvorstellung etwa Forderungen nach der steuerlichen Gleichbehandlung aller Lebens- und Familienmodelle (im Gegensatz zur Bevorzugung von Verheirateten) oder der Förderung des Wettbewerbs im Immobilienmarkt (im Gegensatz zu öffentlicher Förderung bezahlbaren Wohnraums).

Entsprechend dieser Beispiele haben Weiß et al. (2020) das Cleavage-Konzept für die Codierung von öffentlichen Äusserungen universell für alle Politikfelder anhand von Value-Frames umgesetzt (das Codebuch ist dem Online-Anhang ihrer Veröffentlichung zu entnehmen). Diese lassen sich auch in der Darstellung und Interpretation politischer Prozesse finden, wie sie etwa Journalist:innen nutzen (Salgado & Strömbäck, 2012). Entsprechend bilden sie die Basis für die vorliegende Analyse von Parteienpositionen und damit eine alternative Umsetzung für deren Erfassung, etwa im Vergleich zum Comparative Manifestos Project (Budge, Klingemann, Volkens, Bara, & Tanenbaum, 2001). Deren Erhebung für die drei gewählten Länder bildet die erste Forschungsfrage:

FF1: Wie positionieren sich Parteien der Parlamente in Deutschland, Österreich

und der Schweiz zu den drei Grundkonflikten?

#### 4 Die Rolle der Medien in einer vielfältigeren Parteienlandschaft

Angesichts der wachsenden Vielfalt in der Parteienlandschaft verändern sich auch die Ansprüche an deren mediale Darstellung. Mehr Parteien in den Parlamenten oder mit Aussicht auf einen Einzug sowie die steigende Polarisierung entlang des Globalisierungsgrundkonflikts erweitern das Spektrum an Positionen, die öffentlich vertreten werden. Entsprechend steigen auch die Anforderungen an Medien, diese Vielfalt an Positionen darzustellen und einzuordnen. Um als Bürger:innen den Überblick zu behalten, steigt mit der Zahl der Parteien ebenso der Bedarf an solchen medialen Einordnungen, um sich orientieren zu können.

Die Vermittlungs- und Kommentierungsfunktion von politischer Berichterstattung stellt somit eine zentrale Aufgabe medialer Öffentlichkeit dar. Denn erst durch die Auseinandersetzung mit konkurrierenden Positionen und durch die Deutungen politischer Vorschläge und Entscheidungen können sich die Bürger:innen ein Urteil bilden und letztlich eine informierte Wahlentscheidung treffen. Über entsprechende Darstellungen der vielfältigen Positionen aus der Parteienlandschaft leisten Medien also eine Orientierungsfunktion für die Bürgerschaft. Meinungsvielfalt öffentlich wahrnehmbar zu machen, bildet aus öffentlichkeitstheoretischer Sicht somit die Voraussetzung dafür, dass «der Mensch in der modernen Gesellschaft ‚frei‘ [ist], weil ihm die notwendigen Grundlagen und die Alternativen für verschiedene Entscheidungssituationen dargelegt werden» (Donsbach, 2007, S. 196). Nur so kann aus blinder Gefolgschaft von Positionen eine aufgeklärte Parteinahme, im Sinne von *enlightened understanding*, entstehen. Vor diesem Hintergrund ist zentraler Bestandteil demokratiefördernder Vielfalt, dass sich Bürger:innen über die unterschiedlichen politischen Alternativen informieren

können. Nur so können sich Wähler:innen für die politischen Angebote entscheiden, die nach ihrer Einschätzung und gemäss ihren Interessen die besten sind (Strömbäck, 2005). Vielfalt in der Medienberichterstattung ist also die notwendige Bedingung dafür, «dass sich die verschiedenen Interessen in der Gesellschaft auseinandersetzen können und es zu einer gesamtgesellschaftlichen Willensbildung kommen kann» (Donsbach, 2007, S. 193). Somit ist im Vorhandensein vielfältiger politischer Positionen in Medien auch ein Qualitätsmerkmal von Berichterstattung zu sehen.

Dieses Verständnis von Öffentlichkeit als Grundlage für Partizipation fusst auf dem Bild von «interpreting citizens» (Porto, 2007, S. 303), die in die Lage versetzt werden müssen, sich ein konsistentes Bild von politischen Problemlagen und Lösungsvorschlägen verschiedener Akteur:innen machen zu können. Weiß et al. (2020) haben herausgearbeitet, welche Anforderungen sich entsprechend an Medienberichterstattung richten: Sie muss Informationen bereitstellen, die die Einordnung von tagespolitischen Entwicklungen, Äusserungen politischer Akteur:innen sowie der Bedeutung politischer Entscheidungen erlaubt. Analog zu den Beispielen in Abschnitt 3 spiegelt Berichterstattung über eine Partei, die sich für die «Ehe für alle» oder gegen die Verstaatlichung von Immobilienkonzernen positioniert, liberale Werte wider. Die konkreten Berichtsanlässe der Tagespolitik lassen sich insofern mittels des Konzepts Value-Frames auf eine geringe Anzahl an Dimensionen reduzieren und themenübergreifend codieren. Der explizite Bezug auf politische Grundkonflikte kann dabei von Journalist:innen genutzt werden, um einen klaren und allgemeingültigen Referenzrahmen für ihr Publikum zu bieten. Vielfältige Berichterstattung sollte auch eine Vielfalt an Value-Frames enthalten, entsprechend ihres Vorkommens in den Äusserungen politischer Akteur:innen.

Masstab ist hierbei keine Input-Output-Analyse im Sinne eines reinen Vergleichs der geäusserten und von Medien wiedergegebenen Positionen. Vielmehr

ist Orientierung für Bürger:innen gerade dann möglich, wenn die einzelnen Äusserungen zugrundeliegenden Positionen und die Konsequenzen politischer Vorschläge in Bezug auf die entsprechenden Grundkonflikte wahrnehmbar werden. Dies sollte eine gute Grundlage für informierte Partizipation bilden. Zusammenfassungen, Einordnung oder die Hervorhebung besonders aussagekräftiger Äusserungen können legitime Mittel sein, zwar nicht den vollständigen Wortlaut wiederzugeben, aber die notwendigen Voraussetzungen für die Orientierungsleistung von Medien zu erbringen. Entsprechend lautet Forschungsfrage 2:

FF2: Wie bilden Medien die Positionierungen der Parteien ab?

Die international vergleichende Anlage der Studie erlaubt es dabei erstens, die Leistungen der Medien in Deutschland, Österreich und dem deutschsprachigen Teil der Schweiz zu vergleichen. Dafür soll bestimmt werden, wie differenziert die jeweilige Darstellung politischer Parteien ist. Zweitens kann analysiert werden, inwiefern Medien die verschiedenen Parteien in ähnlichem oder unterschiedlichem Masse vielfältig bezüglich ihrer Positionen und Äusserungen darstellen. Entsprechend soll verglichen werden, inwiefern sich die Selbstdarstellungen der Parteien und ihr Bild in den Medien ähneln:

FF3: Wie gross ist die Übereinstimmung zwischen der Selbstdarstellung der Parteien in Bezug auf Grundkonflikte und der Darstellung in der Berichterstattung?

Die Relevanz dieser Fragestellung lässt sich mit der öffentlichkeitstheoretisch begründeten Forumsfunktion massenmedialer Angebote (Strömbäck, 2005) begründen. Die Darstellung von und die Bezugnahme auf unterschiedliche in der Gesellschaft vorhandene Positionen zu einem Sachthema ist die nicht aufgebare Anforderung, eine demokratische Öffentlichkeit herzustellen. Nur so kann sichergestellt werden, dass sich die Bürgerschaft unter Kenntnis

aller Alternativen frei eine eigene aufgeklärte Meinung bilden kann und nicht politischen Angeboten blind nachläuft. Massenmediale Angebote sind bei ihrer Nachrichtenauswahl Medium und erst in der Kommentierung Faktor der öffentlichen Meinungsbildung. Das angelsächsische Credo «Comment is free, but facts are sacred» bringt diesen Anspruch auf den Punkt. Synchronisationsstudien, die eine implizite und explizite Vermischung von Nachricht und Kommentar empirisch untersuchen, kommen seit langem zu dem Ergebnis, dass es zu Verletzungen dieser Trennungsnorm kommt (Schönbach, 1977). Solche Medienangebote sind dann allerdings keine Foren breiter demokratischer Öffentlichkeit mehr, sondern ebenso legitime Orte der Binnenkommunikation spezifischer politischer Interpretationsgemeinschaften.

## 5 Methode und Operationalisierungen

Um die Forschungsfragen zu beantworten, greifen wir auf zwei unterschiedliche Datenquellen zurück. Die Selbstdarstellung der politischen Akteur:innen wurde in Deutschland und Österreich über die Pressemitteilungen der Fraktionen und Klubs im Parlament in einem Untersuchungszeitraum von acht natürlichen Wochen im Frühjahr und Herbst des Jahres 2018 erfasst. In der Schweiz griffen wir auf eine Zufallsauswahl der Reden der Politiker:innen in den Debatten des Nationalrats zurück. Insgesamt 2069 Dokumente der Fraktionen und ihrer Parlamentarier:innen konnten untersucht werden.

Die mediale Darstellung der Parteien ermittelten wir in einer Inhaltsanalyse relevanter publizistischer Angebote in den drei Ländern. Um einen Ländervergleich zu ermöglichen, müssen sowohl der Untersuchungszeitraum als auch die Auswahl der Medienangebote möglichst homogen gehalten werden. So wurde bei der Auswahl des Untersuchungszeitraums darauf geachtet, dass a) sich alle drei Länder ungefähr in der gleichen Phase der Legislatur befinden, b) die internationale Ereignis-

lage gleich ist, was durch einen Rückgriff auf die gleichen natürlichen Wochen garantiert wird, und c) in allen drei Ländern die Anzahl von Sitzungswochen der Parlamente gleich verteilt war. Auf der Basis dieser Kriterien wird eine Vergleichbarkeit der politischen Situation in den drei Ländern erst ermöglicht.

Bei der Auswahl der Untersuchungseinheiten bestand vor dem Hintergrund des vergleichenden Designs die Herausforderung darin, Pendanten für relevante publizistische Angebote in den drei Ländern zu finden. Hier wurden verschiedene Auswahlkriterien in die Überlegungen zur Stichprobenbildung herangezogen. Wir berücksichtigten dabei nur Medienangebote, die in allen drei Ländern vorkommen. Wiederum wird der Vergleichscharakter über die umfassende Beschreibung der einzelnen Märkte gestellt.

Das den Analysen zu Grunde liegende Mediensample besteht pro Land aus jeweils einer links-liberalen (D: *Süddeutsche Zeitung*, A: *Der Standard*, CH: *Tagesanzeiger*) und konservativen (D: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, A: *Die Presse*, CH: *Neue Zürcher Zeitung*) Qualitätszeitung, der reichweitenstärksten Nachrichtensendung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen (D: *Tagesschau*, A: *Zeit im Bild*, CH: *Tagesschau*), je einer Nachrichtensendung im öffentlich-rechtlichen Radio (D: *WDR aktuell – Der Tag*, A: *Ö3-Journal*, CH: *Rendez-vous*), je einem Repräsentanten einer regionalen Abonnementzeitung (D: *Rheinische Post*, A: *Kleine Zeitung*, CH: *Aargauer Zeitung*), einer überregionalen Kaufzeitung (D: *Bild*, A: *Kronen Zeitung*, CH: *Blick*) sowie einer reichweitenstarken Onlineplattform (D: *t-online.de*, A: *gmx.at*, CH: *bluewin.ch*). Zudem wurde je ein Onlinependant zu öffentlich-rechtlichen Nachrichten (D: *tagesschau.de*, A: *orf.at*, CH: *srf.ch/info*), Qualitätszeitungen (D: *faz.net*, A: *derstandard.at*, CH: *nzz.ch*) und überregionalen Kaufzeitungen (D: *bild.de*, A: *krone.at*, CH: *blick.ch*) codiert. Somit ging die Berichterstattung von 30 Medienangeboten in die Analyse ein.

Die zentralen Messungen für die Selbstdarstellungen der politischen Parteien und die Medienberichterstattung

sind die Akteur:innen-Variable sowie das Vorkommen und die Ausprägungen der drei politischen Grundhaltungen, die als Merkmal der Urheber:innen einer Selbstdarstellung oder der Akteur:innen des Beitrags codiert wurden.

Als Akteur:innen wurden die Parteien bzw. Fraktionen / Klubs erfasst, die in den jeweiligen nationalen Parlamenten vertreten sind. Für Deutschland waren dies CDU / CSU, SPD, FDP, Bündnis 90 / Die Grünen, Linke, AfD; für Österreich ÖVP, SPÖ, FPÖ, Jetzt – Liste Pilz, NEOS, Grüne und für die Schweiz SVP, FDP, SP, CVP, GLP, GPS. Bei der Codierung konnte eine zufriedenstellende Intercoderreliabilität erreicht werden. Bei der Codierung der Selbstdarstellungen betrug der Reliabilitätskoeffizient Brennan und Predigers Kappa 1.0, bei der Codierung der medialen Darstellung .91.

Die politischen Grundhaltungen drücken sich in drei Grundkonflikten aus, die jeweils in einer eigenen Variablen erfasst wurden. Jeder Grundkonflikt (GK) wurde auf einer Achse mit zwei entgegengesetzten Polen abgebildet, die mit dem jeweiligen Value-Frame beschrieben werden (entsprechend der Codierung von Weiß et al., 2020). Diese Pole bilden beim sozioökonomischen Konflikt (GK1) die Endpunkte Sozialstaatlichkeit bzw. Marktliberalität, beim politisch-kulturellen Konflikt (GK2) die Endpunkte Libertarismus bzw. Autoritarismus und beim globalisierungsbezogenen Konflikt (GK3) die Endpunkte Integration bzw. Ausgrenzung. Pro Grundkonflikt konnten insgesamt vier Ausprägungen verschlüsselt werden: «0» der Grundkonflikt wurde nicht thematisiert, «1» der erste Pol der Bewertung wurde angesprochen, «2» beide Pole des Konflikts wurden angesprochen, und «3» der zweite Pol der Grundhaltung wurde thematisiert. Nach einer intensiven Codierer:innen-schulung konnten für diese Kategorien auch im ländervergleichenden Reliabilitätstest zufriedenstellende Reliabilitätskoeffizienten erreicht werden (Brennan & Predigers Kappa GK1: .87; GK2: .70; GK3: .68). Die folgenden Analysen beruhen auf insgesamt 9126 Beiträgen (D=4255, A=2697, CH=2172).

## 6 Ergebnisse

Zur Beantwortung von Forschungsfrage 1 greifen wir auf die Selbstdarstellungen der Parteien zurück. Zunächst wird analysiert, wie präsent die drei Grundkonflikte sind. Es zeigt sich, dass in allen drei Ländern der sozioökonomische Grundkonflikt einen zentralen Stellenwert einnimmt. In 39% der Selbstdarstellungen der deutschen, 50% der österreichischen und 31% der Schweizer Parteien wird dieser Konflikt angesprochen. Nur in Österreich ist der politisch-kulturelle Grundkonflikt in den Selbstdarstellungen mit einem Wert von 51% von ähnlicher Bedeutung (D: 30%, CH: 20%). Der globalisierungsbezogene Grundkonflikt wird in den drei Ländern nachrangig, jedoch ähnlich häufig thematisiert. In Deutschland wird dieser in 31% der Selbstdarstellungen angesprochen, in Österreich in 29% und in der Schweiz in 22%.

Blickt man auf die einzelnen Parteien, sind deutliche Unterschiede festzustellen. So thematisieren überwiegend die linken Parteien den sozioökonomischen Grundkonflikt überdurchschnittlich, wie etwa die Linkspartei (47%) und Bündnis 90 / Die Grünen (48%) in Deutschland, die SPÖ (66%), Jetzt – Liste Pilz (55%) und Die Grünen (53%) in Österreich sowie GLP (58%) und SP (37%) in der Schweiz. Zudem wird dieser Grundkonflikt in der Schweiz auch von der liberalen FDP (42%) überdurchschnittlich erwähnt. Der politisch-kulturelle Grundkonflikt wird in allen drei Ländern u. a. von den grünen Parteien (D: 40%, A: 66%, CH: GPS 32%) betont, zudem in Österreich von Jetzt – Liste Pilz (57%) und NEOS (55%) und in der Schweiz von den grossen Parteien SVP (35%), SP und FDP (je 28%). Für den globalisierungsbezogenen Grundkonflikt zeichnet sich kein länderübergreifendes Muster ab. In Deutschland wird dieser vor allem durch die AfD (53%) angesprochen, in Österreich von den Grünen (38%) und NEOS (33%) und in der Schweiz von SVP (34%), FDP (34%), GLP (32%) und GPS (30%) (Tabelle 1).

An Kontur gewinnt das Bild, wenn man die Positionierung zu den einzelnen

Tabelle 1: Vorkommen und Positionierung zu den Grundkonflikten in Selbstdarstellungen

|             |                         | sozioökonomischer Grundkonflikt (GK 1) |      | politisch-kultureller Grundkonflikt (GK 2) |      | globalisierungsbezogener Grundkonflikt (GK 3) |      |
|-------------|-------------------------|--|------|--|------|---|------|
|             |                         | %*                                     | PP** | %*   | PP** | %*  | PP** |
| Deutschland | CDU / CSU               | 36                                     | -17  | 26   | -50  | 27  | -84  |
|             | SPD                     | 39                                     | -57  | 26   | -79  | 27  | -96  |
|             | FDP                     | 41                                     | 52   | 30   | -6   | 28  | -48  |
|             | Bündnis 90 / Die Grünen | 48                                     | -84  | 40   | -93  | 23  | -100 |
|             | Linke                   | 47                                     | -95  | 29   | -74  | 28  | -91  |
|             | AfD                     | 23                                     | 25   | 30   | 20   | 53  | 72   |
|             | Gesamt***               | 39                                     | -29  | 30   | -47  | 31  | -58  |
| Österreich  | ÖVP                     | 46                                     | 4    | 24   | -31  | 22  | -25  |
|             | SPÖ                     | 66                                     | -58  | 52   | -85  | 28  | -72  |
|             | FPÖ                     | 28                                     | 2    | 49   | -12  | 22  | 8    |
|             | Die Grünen              | 53                                     | -11  | 66   | -96  | 38  | -96  |
|             | Jetzt – Liste Pilz      | 55                                     | -44  | 57   | -87  | 29  | -64  |
|             | NEOS                    | 50                                     | 33   | 55   | -89  | 33  | -91  |
|             | Gesamt***               | 50                                     | -12  | 51   | -67  | 29  | -56  |
| Schweiz     | SVP                     | 20                                     | 79   | 35   | 35   | 34  | 82   |
|             | SP                      | 37                                     | -85  | 28   | -86  | 24  | -100 |
|             | FDP                     | 42                                     | 90   | 28   | -60  | 34  | -72  |
|             | CVP                     | 32                                     | 50   | 19   | -25  | 18  | -100 |
|             | GPS                     | 27                                     | -75  | 32   | -70  | 30  | -67  |
|             | GLP                     | 58                                     | 91   | 15   | 33   | 32  | -83  |
|             | BDP                     | 19                                     |      | 19   |      | 19  |      |
|             | Gesamt***               | 31                                     | 25   | 20   | -29  | 22  | -57  |

\*Anteil der Akteur:innencodierungen mit Grundkonflikt; Basis: n=2069 Dokumente (D=739, A=850, CH=480).

\*\*Kontrapositionssalden in Prozentpunkten (PP). Negative Werte=Überhang sozialstaatlicher, libertärer bzw. internationaler Positionen.

Positive Werte=Überhang marktliberaler, autoritärer und nationaler Positionen, Spannweite: -100 bis +100. Basis: codierte Grundkonflikte auf Akteur:innenebene: GK1: n=960 (D=316, A=510, CH=134), GK2: n=847 (D=221, A=491, CH=135), GK3: n=624 (D=224, A=271, CH=129).

\*\*\*Aggregierter Mittelwert über die einzelnen Parteien hinweg.

Grundkonflikten analysiert. Hierfür wurden pro Grundkonflikt Kontrapositionssalden zwischen den Polen berechnet. Dem Vorschlag von Kepplinger und Maurer (2001) folgend wurde vom Anteilswert marktliberaler Positionen der Anteilswert solidarischer Positionen subtrahiert. Die so entstehende Differenz liegt auf einem Kontinuum zwischen -100 Prozentpunkten (PP) (nur solidarische Positionen) bis zu +100 PP (nur marktliberale Positionen). Ein Wert von 0 steht für eine ausgewogene Verteilung. Negative Vorzeichen der Salden indizieren folglich einen Überhang von sozialstaatlichen, libertären bzw. internationalen Positionen, positive Vorzei-

chen einen Überhang von marktliberalen, autoritären bzw. nationalen Positionen.

Über alle drei Länder hinweg zeigt sich, dass sich linke Parteien beim sozioökonomischen Grundkonflikt klar am sozialstaatlichen Pol positionieren. In Deutschland sind das die Linkspartei (-95 PP), Bündnis 90 / Die Grünen (-84 PP) und die SPD (-57 PP), in Österreich SPÖ (-58 PP), Jetzt – Liste Pilz (-44 PP) und die Grünen (-11 PP) und in der Schweiz SP (-85 PP) und GPS (-75 PP). Stärker dem marktliberalen Pol zugeneigt sind in Deutschland FDP (+52 PP) und AfD (+25 PP), in Österreich NEOS (+33 PP) sowie in der Schweiz GLP (+91 PP), FDP (+90 PP), SVP (+79 PP) und CVP (+50 PP).

Für den politisch-kulturellen Grundkonflikt ergibt sich folgendes Bild: In Deutschland positionieren sich Bündnis 90 / Die Grünen (–93 PP), SPD (–79 PP) und Linkspartei (–74 PP), aber auch die CDU / CSU (–50 PP) stark auf der Seite des libertären Pols, die FDP platziert sich ausgewogen in der Mitte (–6 PP) und die AfD (+20 PP) eindeutig auf der autoritären Seite des Grundkonflikts. In Österreich ist für alle Parteien ein – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – Überhang für libertäre Positionen festzustellen: FPÖ (–12 PP), ÖVP (–31 PP), SPÖ (–85 PP), Jetzt – Liste Pilz (–87 PP), NEOS (–89 PP) und Grüne (–96 PP). In der Schweiz gibt es mit der SVP (+35 PP) und der GLP (+33) zwei Parteien mit einer eher autoritären Ausrichtung. Die anderen Parteien vertreten eindeutig libertäre Positionen: CVP (–25 PP), FDP (–60 PP), GPS (–70 PP) und SP (–86 PP). Beim globalisierungsbezogenen Grundkonflikt sind die drei rechtspopulistischen Parteien AfD (+72 PP), FPÖ (+8 PP) und SVP (+82 PP) jeweils die einzigen Parteien, die in den Parlamenten klar nationale Positionen beziehen. Alle anderen Parteien vertreten hingegen klar internationale Positionen (Tabelle 1).

In der gemeinsamen Betrachtung der Thematisierung und der Positionierung zeigen sich länderübergreifend klare Muster. Linke und grüne Parteien thematisieren den sozioökonomischen Konflikt häufiger als konservative Parteien und positionieren sich eindeutig am sozialstaatlichen Pol, während die konservativen Parteien hier eher eine ausgewogene Position einnehmen. Die rechtspopulistischen Parteien AfD, FPÖ und SVP positionieren sich in Bezug zum politisch-kulturellen Grundkonflikt und zum globalisierungsbezogenen Grundkonflikt am nächsten am autoritären bzw. nationalen Pol. CDU / CSU, ÖVP und CVP nehmen zu beiden Grundkonflikten mittlere Positionen ein, während linke und grüne Parteien eindeutig libertäre und internationale Positionen vertreten. Das Ergebnis unserer Messung der Positionierung der politischen Parteien kann durch die Befunde des RILE-Index, der basierend auf den Auswertungen der Wahlprogramme der Parteien erstellt

wird, extern validiert werden. Auch in diesen Analysen sind auf einem Kontinuum von –100 bis +100 linke und grüne Parteien weit links platziert, konservative Parteien vertreten eher Mittelpositionen, und AfD, FPÖ und SVP sind die einzigen Parteien, die im rechten Spektrum positioniert werden (Volkens et al., 2020).

Bei Forschungsfrage 2 interessiert, wie die Positionierung der Parteien zu diesen Grundkonflikten in der Medienberichterstattung dargestellt wird. Hierfür greifen wir auf die mediale Darstellung der politischen Positionen zurück. Analog zum Vorgehen bei den Selbstdarstellungen wird zunächst das Vorkommen der Grundkonflikte dargestellt. Über alle drei Länder hinweg ist festzustellen, dass die Positionen der Parteien in der medialen Darstellung im Vergleich zu den Selbstdarstellungen in weit geringerem Umfang explizit vorkommen und so den Bürger:innen Orientierungsmöglichkeiten vorenthalten werden. Dies trifft im besonderen Masse auf die Darstellung der sozioökonomischen und politisch-kulturellen Konflikte in den deutschen Medien zu, die nur in acht bzw. sieben Prozent der Akteur:innen-Nennungen explizit angesprochen wurde.

In Österreich und der Schweiz konnten beide Grundkonflikte signifikant häufiger ( $p < .05$ ) codiert werden. Hier liegen die Anteile dieser Konflikte zwischen 14 % und 22 %. Der globalisierungsbezogene Grundkonflikt steht – und das muss vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise interpretiert werden (Maurer, Jost, Kuschinski, & Haßler, 2021) – in Deutschland (15 %) und Österreich (14 %) stärker im Mittelpunkt als in der Schweiz (9 %). Auch in der Mediendarstellung gibt es parteispezifische Unterschiede. Linke Parteien wie SPD (13 %) und Linke (11 %) in Deutschland, Grüne (22 %) und SPÖ (18 %) in Österreich sowie GPS (36 %) und SP (34 %) in der Schweiz werden überdurchschnittlich mit dem sozioökonomischen Grundkonflikt in Verbindung gebracht. FPÖ (30 %), ÖVP (23 %) und NEOS (22 %) in Österreich sowie BDP (23 %) und GPS (20 %) in der Schweiz werden im Landesdurchschnitt stärker als die anderen Parteien über den politisch-kulturellen Grundkonflikt dar-

Tabelle 2: Vorkommen und Positionierung zu den Grundkonflikten in medialen Fremddarstellungen

|                         | sozioökonomischer Grundkonflikt (GK 1) |      |        | politisch-kultureller Grundkonflikt (GK 2) |      |        | globalisierungsbezogener Grundkonflikt (GK 3) |      |        |
|-------------------------|--|------|--------|--|------|--------|---|------|--------|
|                         | %*                                     | PP** | ΔPP*** | %*   | PP** | ΔPP*** | %*  | PP** | ΔPP*** |
| CDU/CSU                 | 5                                      | 1    | 18     | 6  | -5   | 45     | 24  | -11  | 73     |
| SPD                     | 13                                     | -74  | -17    | 5  | -79  | 0      | 13  | -78  | 18     |
| FDP                     | 9                                      | 24   | -28    | 8  | -88  | -82    | 5   | -20  | 28     |
| Bündnis 90 / Die Grünen | 9                                      | -81  | 3      | 10   | -73  | 20     | 6   | -89  | 11     |
| Linke                   | 11                                     | -83  | 12     | 4  | -100 | -26    | 23  | -19  | 72     |
| AfD                     | 2                                      | 25   | 0      | 9  | 100  | 80     | 19  | 84   | 12     |
| Gesamt****              | 8                                      | -32  | -3     | 7  | -41  | 6      | 15  | -22  | 36     |
| ÖVP                     | 18                                     | 20   | 16     | 23   | -13  | 18     | 28  | -17  | 8      |
| SPÖ                     | 18                                     | -78  | -20    | 13   | -67  | 18     | 7   | -53  | 19     |
| FPÖ                     | 12                                     | 13   | 11     | 30   | 51   | 63     | 26  | 54   | 46     |
| Die Grünen              | 22                                     | -72  | -61    | 19   | -52  | 44     | 11  | -86  | 10     |
| Jetzt – Liste Pilz      | 5                                      | -100 | -56    | 13   | -64  | 23     | 3   | -100 | -36    |
| NEOS                    | 16                                     | -17  | -50    | 22   | -88  | 1      | 8   | -100 | -9     |
| Gesamt****              | 15                                     | -39  | -27    | 20   | -39  | 28     | 14  | -50  | 6      |
| SVP                     | 17                                     | 66   | -13    | 17   | 56   | 21     | 27  | 96   | 14     |
| SP                      | 34                                     | -72  | 13     | 18   | -80  | 6      | 13  | -67  | 33     |
| FDP                     | 25                                     | 52   | -38    | 12   | -27  | 33     | 27  | -43  | 29     |
| CVP                     | 19                                     | -22  | -72    | 9  | 3    | 28     | 9   | -25  | 75     |
| GPS                     | 36                                     | -97  | -22    | 20   | -95  | -25    | 8   | -50  | 17     |
| GLP                     | 21                                     | -25  | -116   | 19   | -71  | -104   | 8   | -100 | -17    |
| BDP                     | 20                                     | 0    | 0      | 23   | -100 | -100   | 0   |      | 0      |
| Gesamt****              | 22                                     | -24  | -49    | 14   | -53  | -24    | 9   | -47  | 10     |

\*Anteil der Akteur:innencodierungen mit Grundkonflikt, Basis Akteur:innennennungen: n=8736 (D=4377, A=2582, CH=1777).  
 \*\*Kontrositionssaldo in Prozentpunkten (PP). Negative Werte=Überhang sozialstaatlicher, libertärer bzw. internationaler Positionen. Positive Werte=Überhang marktliberaler, autoritärer und nationaler Positionen, Spannweite: -100 bis +100. Basis: codierte Grundkonflikte auf Akteur:innenebene: GK1: n=1163 (D=325, A=405, CH=433), GK2: n=1070 (D=279, A=526, CH=265), GK3: n=1599 (D=824, A=446, CH=329).  
 \*\*\*Differenz der Salden der Fremddarstellung und der Selbstdarstellung (ΔPP). Negative Werte=Überhang sozialstaatlicher, libertärer bzw. internationaler Positionen in der Fremddarstellung. Positive Werte=Überhang marktliberaler, autoritärer und nationaler Positionen in den Fremddarstellungen im Vergleich zur Selbstdarstellung.  
 \*\*\*\*Aggregierter Mittelwert über die einzelnen Parteien hinweg.

gestellt. Und der globalisierungsbezogene Grundkonflikt ist in Deutschland bei Akteur:innen von CDU/CSU (24%), Linkspartei (23%) und AfD (19%), in Österreich bei ÖVP (28%), FPÖ (26%) sowie in der Schweiz bei SVP (27%) und FDP (27%) im Vergleich zum jeweiligen Landesdurchschnitt stärker vertreten (Tabelle 2).

Hinsichtlich der Positionierung der Parteien zu den Grundkonflikten zeigen sich die aus den Selbstdarstellungen bekannten Muster. In Bezug auf den sozioökonomischen Konflikt werden linke Parteien eindeutig dem sozialstaatlichen Pol zugeordnet. Die Kontrositionssalden

zwischen dem Anteil marktliberaler und sozialstaatlicher Positionen ergeben in Deutschland für die Linkspartei -83 PP, für Bündnis 90 / Die Grünen -81 PP und für die SPD -74 PP, in Österreich -100 PP für Jetzt – Liste Pilz, -78 PP für die SPÖ und -72 PP für die Grünen sowie in der Schweiz -97 PP für die GPS und -72 PP für die SP. Für den politisch-kulturellen und den globalisierungsbezogenen Grundkonflikt ist wiederum festzustellen, dass einzig die rechtspopulistischen Parteien AfD (+100 PP, +84 PP), FPÖ (+51 PP, +54 PP) und SVP (+56 PP, +96 PP) eine klare Positionierung zugunsten autoritärer und

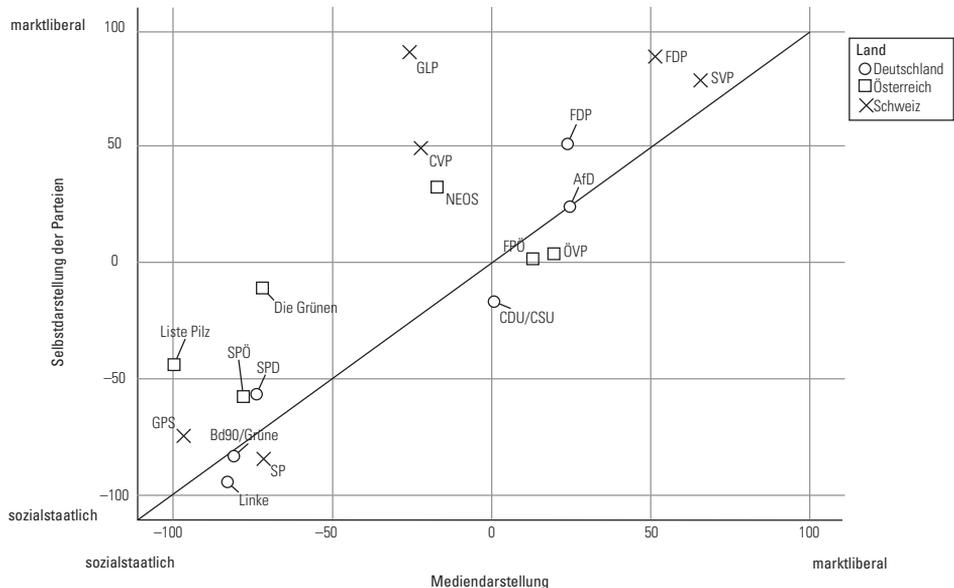
nationaler Positionen haben, während die konservativen Parteien Mittelpositionen einnehmen (z. B. CDU / CSU –5 PP, –11 PP; ÖVP –13 PP, –17 PP; CVP +3 PP, –25 PP) und die linken Parteien klar mit libertären und internationalen Positionen in Zusammenhang gebracht werden.

Im dritten Schritt vergleichen wir die Positionierung der Parteien zu den drei Grundkonflikten in den Selbstdarstellungen und in der medialen Darstellung, um zu prüfen, wie hoch die Übereinstimmung der Positionierung der Parteien in Selbst- und Fremddarstellung ist (FF 3). Hierfür werden die Kontrastpositionssalden für jeden Konflikt in ein Koordinatensystem übertragen. Auf der X-Achse sind jeweils die Positionierungen in der Medienberichterstattung und auf der Y-Achse die der Selbstdarstellung abgetragen. Auch hier indizieren negative Werte eine Präferenz für Sozialstaatlichkeit, Liberalismus und Internationalität und positive Werte einen Überhang für die Pole Marktliberalität, Autorität und nationale Positionen. Die Diagonale in der Graphik dient zur Orientierung: Je näher die einzelnen Parteien an der Diagonalen platziert sind,

desto stärker stimmen Selbst- und Fremddarstellung überein. Abweichungen nach oben indizieren eine stärkere Berücksichtigung des jeweiligen Pols in den Selbstdarstellungen, Abweichungen nach unten eine stärkere Betonung der Positionen in der medialen Darstellung.

In Abbildung 1 sind die Daten zum sozioökonomischen Grundkonflikt abgetragen. Es ist erkennbar, dass die meisten Parteien, die zum sozialstaatlichen Pol neigen, in der Nähe der Diagonalen platziert sind, d. h., dass Selbst- und Fremddarstellung übereinstimmen. Ausnahmen bilden hier die beiden österreichischen Parteien Jetzt – Liste Pilz und Die Grünen, die in den Selbstdarstellungen stärker marktliberale Positionen vertreten. Im mittleren Teil der Graphik finden sich Parteien mit einer eher ausgewogenen medialen Positionierung. Hier lassen sich deutliche Unterschiede zwischen Selbst- und Fremddarstellung bei den Schweizer Parteien GLP und CVP, den österreichischen Parteien NEOS und der deutschen FDP feststellen. Diese vier Parteien vertreten in den Selbstdarstellungen stärker marktliberale Positionen. Gleiches lässt sich im

Abbildung 1: Selbst- und Fremddarstellung zum sozioökonomischen Grundkonflikt (GK 1)



rechten Spektrum der Abbildung für die Schweizer FDP feststellen, die in den Medien im Vergleich zu ihrer Selbstdarstellung im Parlament weniger marktliberal dargestellt wird.

Auch beim politisch-kulturellen Grundkonflikt zeigt sich, dass bei den meisten Parteien, die den libertären Pol vertreten, Selbst- und Fremddarstellung ähnlich sind. Ausnahmen bilden hier die deutsche FDP und die Schweizer GLP, die in den Selbstdarstellungen stärker autoritäre Positionen vertreten. Die österreichischen Grünen werden hingegen in der Medienberichterstattung weniger stark mit libertären Positionen verbunden als in ihrer Selbstdarstellung. Im mittleren Bereich von Abbildung 2 sind die Parteien platziert, die eher ausgewogen zu diesem Konflikt positioniert sind. Hier wird deutlich, dass die Schweizer FDP und die CDU/CSU im Vergleich zu ihrer Selbstdarstellung in den Medien stärker über autoritäre Positionen dargestellt werden. Gleiches gilt für die in der Nähe des autoritären Pols platzierten Parteien FPÖ, SVP und AfD. Auch hier erfolgt eine stärker an autoritären Positionen orientierte Berichterstattung.

Die deutlichsten Unterschiede zwischen Selbst- und Fremddarstellung zeigen sich beim globalisierungsbezogenen Grundkonflikt (Abbildung 3). Alle drei Parteien, die dem nationalen Pol zuneigen, werden in der Medienberichterstattung im Vergleich zur Selbstdarstellung stärker mit nationalen Positionen verbunden. Gleiches gilt für verschiedene Parteien in der Mitte des über die Konfliktlinie aufgespannten Spektrums. Für Deutschland sind hier Linkspartei und CDU/CSU zu erwähnen, für die Schweiz CVP und FDP. Bei den Parteien, die sich am internationalen Pol positioniert haben, findet eine stärkere nationale Orientierung in der Medienberichterstattung bei den drei sozialdemokratischen Parteien SPÖ, SPD und SP statt. Hingegen wird Jetzt – Liste Pilz im Vergleich zu ihrer Selbstdarstellung in den Medien stärker mit internationalen Positionen in Verbindung gebracht.

**7 Diskussion und Zusammenfassung**

Der Wandel der Parteiensysteme in Deutschland, Österreich und der Schweiz, der mit einer zunehmenden Pluralisierung

Abbildung 2: Selbst- und Fremddarstellung zum politisch-kulturellen Grundkonflikt (GK 2)

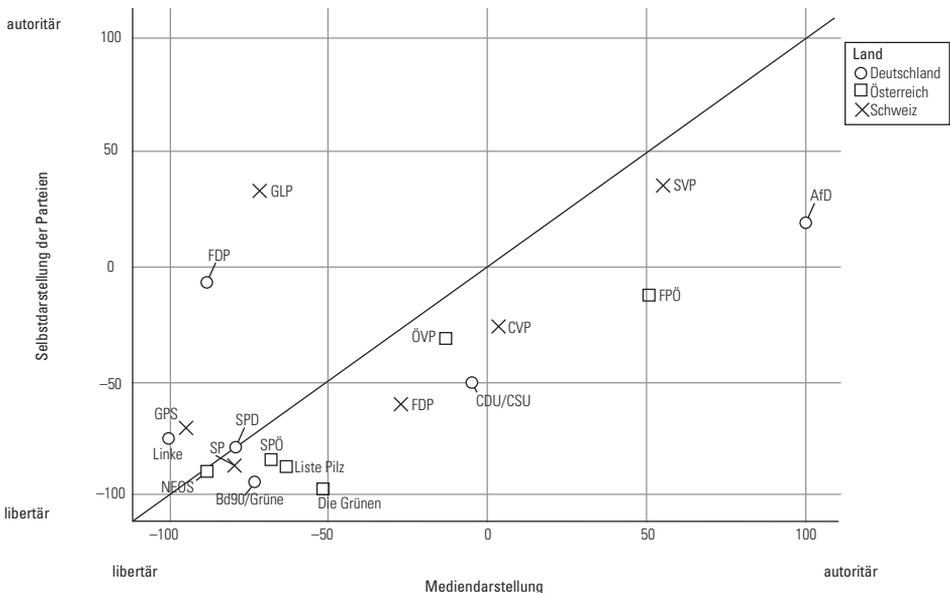
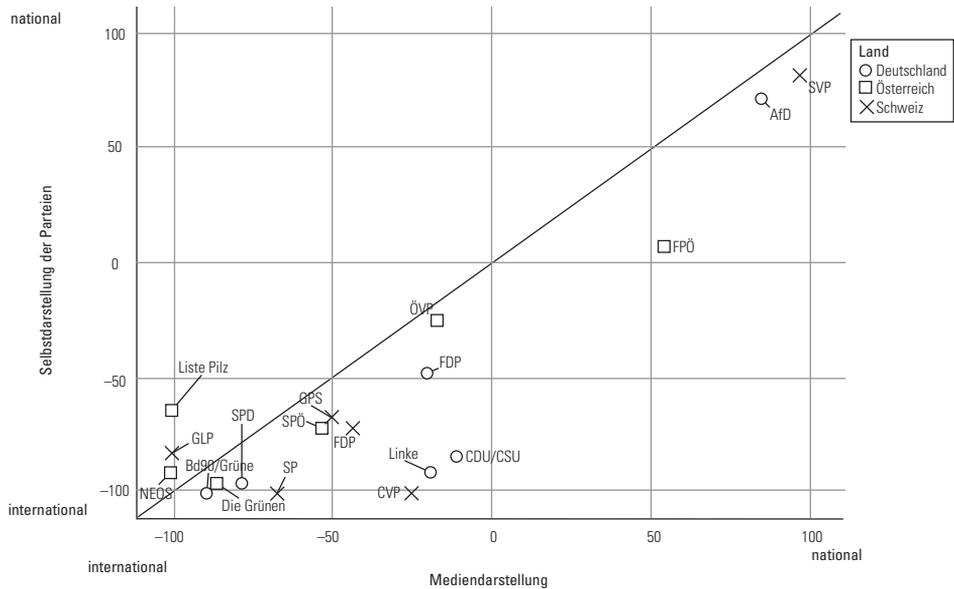


Abbildung 3: Selbst- und Fremddarstellung zum globalisierungsbezogenen Grundkonflikt (GK 3)



und Polarisierung beschrieben werden kann, führt zu einem gestiegenen Orientierungsbedarf bei den Bürger:innen. Die Studie untersucht, welche Orientierungsleistung die massenmediale Berichterstattung in dieser Hinsicht erbringt. Hierfür wurde in den drei Ländern in Anlehnung an die Studie von Weiß et al. (2020) die Darstellung der von den Parteien vertretenen politischen Grundhaltungen in deren Selbstdarstellungen und der Medienberichterstattung erfasst. Folgende zentrale Ergebnisse erbrachte die Analyse:

1) Die politischen Grundhaltungen können mit dem eingesetzten Instrument valide erfasst werden. Die Analysen zeigen, dass die Ergebnisse der Codierung mit dem in der Politikwissenschaft eingesetzten RILE-Index (Volkens et al., 2020) korrespondieren.

2) Die politische Positionierung der Parteien in Deutschland, Österreich und der Schweiz ist in deren Selbstdarstellungen klarer zu erkennen als in der Medienberichterstattung. Besonders für Deutschland ist festzustellen, dass die Medienberichterstattung den Bürger:innen eher selten explizite Orientierungs-

möglichkeiten anbietet, was deren Meinungsbildung erschwert.

3) In den Selbstdarstellungen der Parteien ist eine Positionierung bezüglich des sozioökonomischen Grundkonflikts in allen drei Ländern zentral. In der medialen Darstellung gibt es hier Unterschiede. Während in der Schweiz der sozioökonomische Grundkonflikt auch in den Medien zentral ist, werden in Österreich der politisch-kulturelle Grundkonflikt und in Deutschland der globalisierungsbezogene Grundkonflikt besonders betont. Diese Befunde können vor dem Hintergrund der Debatten um die türkis-blaue Regierung in Österreich und der Flüchtlingskrise in Deutschland erklärt werden.

4) Die Polarisierung in den Parteiensystemen wird in den Selbstdarstellungen und der medialen Darstellung ersichtlich. Den rechtspopulistischen Parteien AfD, FPÖ und SVP stehen beim politisch-kulturellen und globalisierungsbezogenen Grundkonflikt als Antipoden verschiedene linke Parteien gegenüber. Die konservativen Parteien nehmen hier jeweils Mittelpositionen ein.

5) Der Vergleich von Selbst- und Fremddarstellung zeigt, dass linke Parteien eher positionsgetreu in den Medien dargestellt werden. Bei liberalen Parteien und vor allem bei den rechtspopulistischen Parteien finden sich hingegen hinsichtlich des politisch-kulturellen und des globalisierungsbezogenen Grundkonflikts grössere Unterschiede. Letztgenannte Parteien werden häufig autoritärer und nationaler orientiert in den Medien dargestellt. Diese zugespitzte Darstellung deckt sich mit Befunden zur Berichterstattung über neu entstandene Parteien in Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren und kann als Abschottungsstrategie interpretiert werden (z. B. Knoche & Lindgens, 1988). Ebenso ist denkbar, dass in der Medienberichterstattung das Erscheinungsbild der Parteien und ihrer rechten Flügel ausserhalb der Parlamente bei deren Darstellung eine grössere Rolle spielt.

In der Interpretation klingen schon Limitationen der Studie an. Die Erhebung wurde in acht natürlichen Wochen im Jahr 2018 durchgeführt. Der Konflikt um die Flüchtlingskrise bestimmte dabei die innenpolitische Situation in Deutschland und Österreich, sodass diese Debatte die Ergebnisse der Grundhaltungen vermutlich geprägt hat. Zudem wurde für die vorliegende Auswertung die gesamte innenpolitische Berichterstattung im Untersuchungszeitraum berücksichtigt. Eine differenziertere Auswertung nach Politikfeldern oder Typen von Medien würde mutmasslich eine klarere Beschreibung der Positionierung der politischen Parteien bzw. vertiefte Befunde zum Press-Party-Parallelismus (Kösters, Jandura, Weiß, & Schreiber, 2021) erbringen. Methodisch ist anzumerken, dass die explizite Erfassung der politischen Grundhaltungen ein erster Indikator für die Orientierungsleistung der Medien ist. Weitere Studien sollten versuchen, auch die implizit vermittelten Grundhaltungen zu messen, um ein umfassenderes Bild der Medienberichterstattung zeichnen zu können.

Abschliessend lässt sich festhalten, dass mit der Erfassung der Positionsvielfalt der Selbst- und Fremddarstellung ein valides Instrument zur Verfügung steht,

das in weiteren Input-Output-Analysen und Strukturvergleichsanalysen zwischen kontrollierter Akteur:innen-Kommunikation und Medienberichterstattung, aber auch in neuen im Zuge der Digitalisierung geschaffenen Kommunikationsforen eingesetzt werden kann. Auf der Grundlage dieser Messung kann zudem die in verschiedenen Vielfaltsstudien getroffene implizite Annahme überprüft werden, dass mit steigender Akteur:innen-Vielfalt auch eine grössere Positionsvielfalt einhergeht (Beckers & Van Aelst, 2019). In diesem Zusammenhang kann untersucht werden, ob subjektiv wahrgenommene mediale Repräsentationslücken (Jandura, Kösters, & Wilms, 2018) auch objektiv feststellbar oder Ergebnis verzerrter Wahrnehmung von Medienberichterstattung sind (Peter & Brosius, 2013).

### Danksagung

Der Beitrag basiert auf dem Projekt «Media Performance & Democracy», welches durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (Projektnummer 323375807), den FWF Wissenschaftsfonds (Projektnummer 3155) und den Schweizerischen Nationalfonds (Projektnummer 10001CE-170784) gefördert wurde. Die Inhaltsanalyse der Mediendarstellungen wurde durch Miriam Klein, Andrea Häuptli und Andreas Riedl koordiniert und beaufsichtigt.

### Interessenkonflikt

Die Autor:innen erklären, dass keine Interessenkonflikte bestehen.

### Literatur

- Afonso, A., & Papadopoulos, Y. (2015). How the populist radical right transformed Swiss welfare politics: From compromises to polarization. *Swiss Political Science Review*, 21(4), 617–635. <https://doi.org/10.1111/spsr.12182>
- Arzheimer, K., & Berning, C. C. (2019). How the Alternative for Germany (AfD) and their

- voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies*, 60, 1–10. <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>
- Beckers, K., & Van Aelst, P. (2019). Look who's talking: An analysis of actors in television news (2003–2016). *Journalism Studies*, 20(6), 872–890. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2018.1463169>
- Bröchler, S. (2014). Informales Regieren auf Österreichisch. Formales und informales Regieren als wechselseitiger Prozess. In S. Bröchler & T. Grunden (Hrsg.), *Informelle Politik: Konzepte, Akteure und Prozesse* (S. 129–154). Wiesbaden: Springer VS.
- Budge, I., Klingemann, H.-D., Volkens, A., Bara, J., & Tanenbaum, E. (2001). *Mapping policy preferences: Estimates for parties, electors, and governments, 1945–1998* (Bd. 1). Oxford, UK: Oxford University Press.
- Bundeswahlleiter (2021). *Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen*. Abgerufen unter [https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cbceef6c-19ec-437b-a894-3611be8ae886/btw21\\_heft3.pdf](https://www.bundeswahlleiter.de/dam/jcr/cbceef6c-19ec-437b-a894-3611be8ae886/btw21_heft3.pdf)
- Copelovitch, M. S., Frieden, J., & Walter, S. (2016). The political economy of the Euro crisis. *Comparative Political Studies*, 49(7), 811–840. <https://doi.org/10.1177%2F00104114016633227>
- de Wilde, P., Koopmans, R., Merkel, W., Strijbis, O., & Zürn, M. (Hrsg.). (2019). *The struggle over borders: Cosmopolitanism and communitarianism*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Donsbach, W. (2007). Journalistische Kompetenz für eine pluralistische Demokratie. In W. J. Patzelt, M. Sebaldt, & U. Kranenpohl (Hrsg.), *Res publica semper reformanda* (S. 193–206). Wiesbaden: VS Verlag.
- Häusermann, S., Mach, A., & Papadopoulos, Y. (2004). From corporatism to partisan politics: Social policy making under strain in Switzerland. *Swiss Political Science Review*, 10(2), 33–59. <https://doi.org/10.1002/j.1662-6370.2004.tb00021.x>
- Heinisch, R., Werner, A., & Habersack, F. (2020). Reclaiming national sovereignty: The case of the conservatives and the far right in Austria. *European Politics and Society*, 21(2), 163–181. <https://doi.org/10.1080/23745118.2019.1632577>
- Jandura, O., Kösters, R., & Wilms, L. (2018). Mediales Repräsentationsgefühl in der Bevölkerung: Analyse nach politisch-kommunikativen Milieus. *Media Perspektiven*, o. Jg.(3), 118–127. Abgerufen unter [https://www.ard-media.de/fileadmin/user\\_upload/media-perspektiven/pdf/2018/0318\\_Jandura\\_Koesters\\_Wilms.pdf](https://www.ard-media.de/fileadmin/user_upload/media-perspektiven/pdf/2018/0318_Jandura_Koesters_Wilms.pdf)
- Johann, D., Jenny, M., & Kritzingler, S. (2016). Mehr Wettbewerb bei Österreichs Wahlen? Die neue Partei NEOS und ihre engsten Konkurrenten. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 47(4), 814–830. Abgerufen unter <https://www.jstor.org/stable/26428887>
- Kepplinger, H.-M., & Maurer, M. (2001). Saldo oder Mittelwert? Eine vorläufige Antwort auf eine ungestellte Frage. In F. Marcinkowski (Hrsg.), *Die Politik der Massenmedien. Heribert Schatz zum 65. Geburtstag* (S. 166–180). Köln: Herbert von Halem.
- Knoche, M., & Lindgens, M. (1988). Selektion, Konsonanz und Wirkungspotential der deutschen Tagespresse. Politikvermittlung am Beispiel der Agentur- und Presseberichterstattung über die GRÜNEN zur Bundestagswahl 1987. *Media Perspektiven*, o. Jg.(8), 490–510.
- Koopmans, R., & Zürn, M. (2019). Cosmopolitanism and communitarianism – How globalization is reshaping politics in the twenty-first century. In P. de Wilde, R. Koopmans, W. Merkel, O. Strijbis, & M. Zürn (Hrsg.), *The struggle over borders: Cosmopolitanism and communitarianism* (S. 1–34). Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Kösters, R., Jandura, O., Weiß, R., & Schreiber, J. (2021). Diskursallianzen in der Migrationsdebatte? *Politische Vierteljahresschrift*, 62(3), 461–487. <https://doi.org/10.1007/s11615-021-00324-z>
- Kriesi, H., Grande, E., Lachat, R., Dolezal, M., Bornschier, S., & Frey, T. (2006). Globalization and the transformation of the national political space: Six European countries compared. *European Journal of Political Research*, 45(6), 921–956. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2006.00644.x>
- Ladner, A. (2006). Das Parteiensystem der Schweiz. In O. Niedermayer, R. Stöss, & M. Haas (Hrsg.), *Die Parteiensysteme*

- Westeuropas (S. 397–419). Wiesbaden: VS Verlag.
- Lipset, S. M., & Rokkan, S. (1967). *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*. New York, NY: Free Press.
- Maoz, Z., & Somer-Topcu, Z. (2010). Political polarization and cabinet stability in multiparty systems: A social networks analysis of European parliaments, 1945–98. *British Journal of Political Science*, 40(4), 805–833. <https://doi.org/10.1017/S0007123410000220>
- Maurer, M., Jost, P., Kruschinski, S., & Haßler, J. (2021). *Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration*. Mainz: Universität Mainz. Abgerufen unter <https://www.stiftung-mercator.de/de/publikationen/fuenf-jahre-medienberichterstattung-ueber-flucht-und-migration/>
- Niedermayer, O. (2009). Gesellschaftliche und parteipolitische Konfliktlinien. In S. Kühnel, O. Niedermayer, & B. Westle (Hrsg.), *Wähler in Deutschland: Sozialer und politischer Wandel, Gender und Wahlverhalten* (S. 30–67). Wiesbaden: VS Verlag.
- Österreichisches Parlament. (2021). *Zusammensetzung des Nationalrates seit 1945 (aufgrund des jeweiligen Wahlergebnisses)*. Abgerufen unter <https://www.parlament.gv.at/WWER/NR/MandateNr1945/>
- Pelinka, A. (2017). Die demokratiepolitische Reformagenda im Vergleich. In L. Helms & D. M. Wineroither (Hrsg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (S. 527–546). Baden-Baden: Nomos.
- Peter, C., & Brosius, H.-B. (2013). Wahrnehmungsfaktoren. In W. Schweiger & A. Fahr (Hrsg.), *Handbuch Medienwirkungsforschung* (S. 463–480). Wiesbaden: VS Verlag.
- Porto, M. P. (2007). Frame diversity and citizen competence: Towards a critical approach to news quality. *Critical Studies in Media Communication*, 24(4), 303–321. <https://doi.org/10.1080/07393180701560864>
- Puller, A. (2018). Die Österreichische Volkspartei unter Sebastian Kurz. *Kurswechsel*, 3, 9–18.
- Rawls, J. (1996). *Political liberalism* (2. Aufl.). New York, NY: Columbia University Press.
- Salgado, S., & Strömbäck, J. (2012). Interpretive journalism: A review of concepts, operationalizations and key findings. *Journalism*, 13(2), 144–161. <https://doi.org/10.1177%2F1464884911427797>
- Sarcinelli, U. (2011). *Politische Kommunikation in Deutschland: Medien und Politikvermittlung im demokratischen System* (3. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag.
- Sartori, G. (1976). *Parties and party systems. A framework for analysis*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Scheufele, B., & Engelmann, I. (2013). Die publizistische Vermittlung von Wertehorizonten der Parteien. Normatives Modell und empirische Befunde zum Value-Framing und News Bias der Qualitäts- und Boulevardpresse bei vier Bundestagswahlen. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 61(4), 532–550. <https://doi.org/10.5771/1615-634x-2013-4-532>
- Schönbach, K. (1977). *Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums*. Freiburg i. Br.: Alber.
- Strömbäck, J. (2005). In search of a standard: Four models of democracy and their normative implications for journalism. *Journalism Studies*, 6(3), 331–345. <https://doi.org/10.1080/14616700500131950>
- Volkens, A., Burst, T., Krause, W., Lehmann, P., Matthieß, T., Merz, N., ... Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). (2020). *Manifesto Project Collection* (Version 2020b) [Datensatz]. Manifesto Project. <https://doi.org/10.25522/MANIFESTO.MPDS.2020B>
- von Alemann, U., Erbenraut, P., & Walther, J. (2018). *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland*. Wiesbaden: Springer VS.
- Weiß, R., Kösters, R., & Mahrt, M. (2020). Democratic theory and the potential of value frames in assessing media performance. *Media and Communication*, 8(3), 281–292. <https://doi.org/10.17645/mac.v8i3.3058>
- Wineroither, D. M., & Kitschelt, H. (2017). Die Entwicklung des Parteienwettbewerbs in Österreich im internationalen Vergleich. In L. Helms & D. M. Wineroither (Hrsg.), *Die österreichische Demokratie im Vergleich* (S. 251–286). Baden-Baden: Nomos.
- Zaslav, A. (2004). Closing the door? The ideology and impact of radical right populism on immigration policy in

Austria and Italy. *Journal of Political Ideologies*, 9(1), 99–118. <https://doi.org/10.1080/1356931032000167490>